



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2013/2145(BUD)

8.7.2013

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltsausschuss

zum Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014
– alle Einzelpläne
(2013/2145(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Csaba Öry

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. hebt hervor, dass der Entwurf des Haushaltsplans 2014 mit Mitteln für Verpflichtungen in Höhe von 142,01 Mrd. EUR und Mitteln für Zahlungen in Höhe von 135,9 Mrd. EUR um 6 % unter dem Haushalt 2013 liegt; begrüßt jedoch, dass bei den Mitteln für Verpflichtungen im Bereich Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung trotz der Kürzungen ein Anstieg von 3,3 % zu verzeichnen ist;
2. begrüßt, dass die im MFR für die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche vorgesehenen Mittel verstärkt in den beiden ersten Jahren zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zum Einsatz kommen werden; fordert daher die Mitgliedstaaten auf, die für dieses Instrument zur Verfügung stehenden Mittel wirksam und zügig auszuschöpfen, und erwartet von den Mitgliedstaaten unbürokratische Programme für eine schnellstmögliche Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit;
3. begrüßt, dass in der EGF-Haushaltlinie Mittel für Zahlungen ausgewiesen sind; ist jedoch enttäuscht über die in der MFR-Vereinbarung für diesen Fonds festgelegte Obergrenze und fordert erneut eine Erhöhung der jährlichen Obergrenze auf 500 Mio. EUR, da ein Teil dieses Betrags für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verwendet werden wird;
4. betont angesichts des drastischen Anstiegs der Jugendarbeitslosigkeit die Notwendigkeit neuer Mittel für die vorbereitende Maßnahme „Jugend in Bewegung“;
5. betont die Notwendigkeit einer Aufstockung der Mittel für Verpflichtungen für die Unterstützung von Wanderarbeitnehmern und entsandten Arbeitnehmern mit Hilfe der vorbereitenden Maßnahme „Informationszentren für entsandte Arbeitnehmer und Wanderarbeitnehmer“ und für die Ausweitung der Maßnahmen zur Förderung der Mitarbeiterbeteiligung mit Hilfe des Pilotprojekts „Förderung der finanziellen Beteiligung und der Mitbestimmung von Mitarbeitern“;
6. schlägt vor, ein Pilotprojekt „Machbarkeit und zusätzlicher Nutzen eines europäischen Systems der Arbeitslosenunterstützung“ in die Wege zu leiten, das zu einem Kernbestandteil der sozialen Dimension der WWU werden könnte;
7. regt an, die soziale Konvergenz und den sozialen Zusammenhalt durch ein Pilotprojekt „Soziallabel“ und ein Pilotprojekt „Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle und Einrichtung eines Netzwerks aus NGO zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen“ zu verbessern;
8. fordert eine verstärkte Unterstützung für das Unterprogramm EURES im Rahmen des Programms für sozialen Wandel und soziale Innovation (PSCI), um arbeitslosen Jugendlichen den Zugang zu ausgeschriebenen Stellen im Ausland zu erleichtern;
9. hebt hervor, dass mehr Mittel für das Mikrofinanzierungsinstrument im Rahmen des PSCI

und für die Unterstützung europäischer Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, bereitgestellt werden müssen, um diese dazu zu befähigen, Wachstum und damit mehr neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen;

10. fordert angesichts wachsender Armutsquoten eine Intensivierung und Erhöhung der finanziellen Unterstützung für den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen und für den Teil des Europäischen Sozialfonds, der der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gewidmet ist.